

Klinikum Nordfriesland Husum

Offenes Verfahren zur

**Vergabe der Planungsleistungen
für den Neubau eines Bildungszentrums
für Berufe im Gesundheitswesen**

Los 4

(Technische Ausrüstung AG 440-460)

Vergabenummer:

8023_4-A

TEIL I: Vergabeunterlagen
(nicht vom Bieter auszufüllen)

Inhaltsübersicht

A. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.....	4
1. Zur Losaufteilung	7
2. Zum Ablauf des Vergabeverfahrens.....	7
3. Einreichung der Angebote.....	8
4. Mindestanforderungen an die Eignung und Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen	8
a. Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen	8
b. (Mindest-)Anforderung an die Eignung	9
5. Zuschlagskriterien und deren Gewichtung	12
B. Aufgabenbeschreibung	16
1. Baubeschreibung:	16
2. Grobkostenschätzung	18
3. Grobterminplanung	18
4. Stufenweise Beauftragung	18
C. Vertragsbedingungen.....	19
D. Vergabebedingungen	19
1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen.....	19
2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	20
3. Angebot	20
4. Unterlagen zum Angebot	20
5. Bietergemeinschaften	20
5. Unterauftragnehmer.....	21
6. Andere Unternehmen (Eignungsleihe).....	21
7. Eignung.....	22
8. Entschädigung	22
9. Informationen zu den im Vergabeverfahren verwendeten elektronischen Mitteln	23
E. Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten	25
1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:	25
2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:	26
3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:	26
4. Empfänger von personenbezogenen Daten:	26
5. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:	27

6. Rechte der betroffenen Person:	28
7. Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:	28

A. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Auftraggeber: Klinikum Nordfriesland gGmbH	Husum, den 04.06.2026
An die potenziellen Bieter	Erichsenweg 16, 25813 Husum
	Vergabenummer/Aktenzeichen: 8023_4-A
	Kontaktstelle: DOMBERT RECHTSANWÄLTE Part mbB Rechtsanwalt Janko Geßner Konrad-Zuse-Ring 12 A 14469 Potsdam Kontakt über: Deutsches Vergabeportal
	Angebotsfrist 06.07.2026, 12:00 Uhr
	Bindefrist: 10.08.2026

Vergabe der Planungsleistungen für den Neubau eines Bildungszentrums für Berufe im Gesundheitswesen - Los 4 (Technische Ausrüstung AG 440-460)

hier: Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Klinikum Nordfriesland gGmbH beabsichtigt den Neubau eines Bildungszentrums für Berufe im Gesundheitswesen.

Die Klinikum Nordfriesland gGmbH ist ein starker Klinik-Verbund für die kommunale Daseinsvorsorge in dem von der Nordsee geprägten Kreis Nordfriesland. Der Träger des gemeinnützigen Klinikums ist der Kreis Nordfriesland. Die vier Standorte – Kliniken in Husum,

Niebüll und in Wyk auf Föhr sowie ein Gesundheitszentrum in Tönning – stellen eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung bereit, welche im Falle einer akuten Erkrankung oder eines Unfalls den Menschen in Nordfriesland rund um die Uhr mit Kompetenz, Erfahrung und Nähe zur Seite steht. Rund 1.850 Mitarbeitende und Auszubildende gewährleisten eine umfangreiche medizinische Versorgung auf höchstem Niveau.

Die Klinikum Nordfriesland gGmbH betreibt am Standort Husum eine staatliche anerkannte Schule für Gesundheits- und Krankenpflege sowie eine staatlich anerkannte Schule für Physiotherapie. Beide Schulen sind zurzeit in angemieteten Räumen in der Innenstadt Husum untergebracht. In den Schulen werden rund 250 Auszubildende unterrichtet. Für beide Schulen soll in Husum ein Neubau als „Bildungszentrum für Berufe im Gesundheitswesen“ errichtet werden. Der Schulneubau wird gefördert durch das Ministerium für Justiz und Gesundheit Schleswig Holstein. Die KHU-Bau (Krankenhausunterlage Bau) ist mit der Vorentwurfsplanung bereits beim Fördermittelgeber eingereicht und genehmigt worden. Die KHU-Bau einschließlich der Vorentwurfsplanung bezog sich allerdings auf ein anderes Grundstück als das jetzige Baugrundstück. Das nunmehr vorgesehene Baugrundstück befindet sich innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans Nr. 113 „Engelsburger Weg“.

Die für den Neubau des Bildungszentrums erforderlichen Planungsleistungen sollen im Rahmen des hiesigen offenen Verfahrens vergeben werden. Der Auftraggeber geht davon aus, dass aufgrund der vorliegenden Planentwürfe und des in Kraft getretenen Bebauungsplans Leistungen der Leistungsphase 1 im Rahmen der Objektplanung nicht mehr zu erbringen sind. Im Rahmen der Leistungsphase 2 ist der vorliegende Vorentwurf insbesondere auch im Hinblick auf die Festlegung eines neuen Baugrundstücks zu überprüfen und nach Abstimmung mit dem Auftraggeber – soweit erforderlich – zu überarbeiten bzw. fortzuschreiben. Aufgrund der bereits vorliegenden Zustimmung des zuständigen Ministeriums dürfen die Grundzüge der Planung dabei nicht geändert werden.

Die Vergabe erfolgt stufenweise. Vorgesehen ist zunächst die Beauftragung der Teilleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4. Die weiteren Leistungsphasen werden optional beauftragt. Dem Auftraggeber wird insoweit ein einseitiges Optionsrecht zur Beauftragung eingeräumt. Die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen hängt von der Fortführung des Projekts, insbesondere der Bewilligung der Fördermittel, ab.

Die als **TEIL I** zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen umfassen neben dieser Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes (A.), der Aufgabenbeschreibung und den Vertragsbedingungen (nachfolgend B.), den Vergabebedingungen (nachfolgend C.) sowie den Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten (nachfolgend D.) sämtliche Vergabe- und Vertragsbedingungen. Diese sind von den Bietern zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen. Eintragungen in diesen Unterlagen sind von den Bietern nicht vorzunehmen.

Die gesondert als **TEIL II** zur Verfügung gestellte Datei „**Angebotsformular**“ ist von den Bietern, die sich am Verfahren beteiligen möchten, vollständig auszufüllen und elektronisch über die Vergabeplattform bei dem Auftraggeber einzureichen.

Soweit in den Unterlagen von dem Bieter die Rede ist, sind darunter auch **Bietergemeinschaften** zu verstehen. Bei Bietergemeinschaften sind – unter Verwendung des Formblatts „Erklärung Bewerber- / Bietergemeinschaft“ – der Name der Bietergemeinschaft sowie alle Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen und ein Mitglied der Bietergemeinschaft als bevollmächtigter Vertreter auszuweisen. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft müssen insgesamt die Eignungskriterien erfüllen und es darf bei keinem der Mitglieder der Bietergemeinschaft ein Ausschlussgrund i. S. d. §§ 123, 124 GWB vorliegen.

Wenn Bieter beabsichtigen, in Bezug auf die erforderlichen Eignungskriterien (wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen (**Eignungsleihe**), ist das Formblatt „Eignungsleihe und Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ auszufüllen und beizufügen. Sollten Auftragsteile an andere Unternehmen vergeben werden (**Unteraufträge**), ist das Formblatt „Unterauftragnehmer“ auszufüllen und beizufügen. Mehrfachbewerbungen (z. B. Abgabe eines eigenen Angebotes und zugleich eines Angebotes als Mitglied einer Bietergemeinschaft oder aber Teilnahme als Mitglied unterschiedlicher Bietergemeinschaften) können zum Ausschluss der betroffenen Angebote aus dem weiteren Vergabeverfahren führen.

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Unterlage sowie in allen weiteren Vergabeunterlagen auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Personenbezogene Bezeichnungen gelten daher – entsprechend der im Deutschen üblichen Sprachform – gleichermaßen für alle Geschlechter (m/w/d). Die gewählte Formulierung impliziert keinerlei Wertung und dient ausschließlich der sprachlichen Vereinfachung.

1. Zur Losaufteilung

Der Auftrag ist in die nachfolgend aufgeführten Fachlose aufgeteilt:

- Fachlos 1:** Objektplanung Gebäude und Innenräume
- Fachlos 2:** Fachplanung Tragwerksplanung
- Fachlos 3:** Fachplanung Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 410 bis 430, 470, 480)
- Fachlos 4:** Fachplanung Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 440 bis 460)

Die Fachlose 1 – 3 wurden bereits vergeben. Vorliegend geht es daher lediglich um die Ausschreibung des Los 4.

Die Planungsleistungen umfassen folgende weitere Aufträge, die gem. § 3 Abs. 9 VgV dem 20 % - Kontingent zugeordnet und national vergeben werden. Sie sind nicht Gegenstand der europaweiten Vergabeverfahren für die Lose 1 bis 4

- Brandschutzkonzept: Herstellung prüf- und genehmigungsfähiges Brandschutzkonzept
- Baugrunduntersuchung / Gründungsempfehlung
- Energieberatung / GEG Nachweis
- Planung Außenanlagen: Planung Parkplätze und Zufahrt, Wege und Freianlagen
- Beratung zur Gebäude-Akustik: Beratung zur Gebäude-Akustik der Innenräume/Schulungsräum, Maßnahme-Katalog

2. Zum Ablauf des Vergabeverfahrens

Das vorliegende Verfahren wird als offenes Verfahren nach § 15 VgV elektronisch durchgeführt und wurde durch die Auftragsbekanntmachung europaweit öffentlich bekannt gemacht.

Der Auftraggeber prüft anhand der bekanntgegebenen Eignungskriterien die Eignung der Unternehmen. Er wertet die eingereichten Angebote anhand der Zuschlagskriterien (inkl.

Gewichtung) aus und wählt auf diese Weise das wirtschaftlichste Angebot für den Zuschlag aus.

Über seine Entscheidung informiert der Auftraggeber alle am Verfahren Beteiligten entsprechend der Anforderungen des § 134 Abs. 1 GWB. Nach Ablauf der Wartefrist wird der Zuschlag erteilt.

3. Einreichung der Angebote

Die gesondert als **TEIL II** zur Verfügung gestellte Datei „Angebotsformular“ ist von den Bietern, die sich am Verfahren beteiligen möchten, vollständig auszufüllen und auf elektronischem Weg über das Deutsche Vergabeportal bis zum

06.07.2026 um 12:00 Uhr,

dort in dem Bereich „Angebote“, bei dem Auftraggeber einzureichen.

Hinweis: Angebote, die nicht elektronisch über das Deutsche Vergabeportal eingereicht werden (sondern bspw. postalisch oder per E-Mail) sowie Angebote, die auf dem Deutschen Vergabeportal im Bereich „Kommunikation“ hochgeladen werden, finden keine Berücksichtigung.

Das Angebot sowie jeglicher Schriftverkehr mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache abzufassen. Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Angebots sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen.

4. Mindestanforderungen an die Eignung und Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen

Die Eignung der Bieter wird anhand der nachstehenden Ausschluss- und Eignungskriterien geprüft.

a. Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen

Alle Bieter müssen die nachstehenden Anforderungen an die Eignung zum Nicht-Vorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen erfüllen:

- **Zwingende Ausschlussgründe:** Bezüglich des Bieters dürfen keine Umstände vorliegen, welche den Auftraggeber zu dessen Ausschluss nach § 123 GWB verpflichten.
- **Fakultative Ausschlussgründe:** Liegen Umstände bezüglich des Bieters vor, welche den Auftraggeber zu einem Ausschluss des Unternehmens nach § 124 GWB berechtigen, ist der Bieter verpflichtet, diese Umstände zu erläutern.

Sollten sich während des Vergabeverfahrens Umstände im Sinne der beiden vorstehenden Sätze ergeben, ist der Bieter verpflichtet, den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Bieter, bei denen Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Bieter, bei denen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, können vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

b. (Mindest-)Anforderung an die Eignung

Alle Bieter müssen die nachstehenden (Mindest-)Anforderungen an die Eignung erfüllen. Der Auftraggeber behält sich vor, keine Unterlagen nachzufordern.

Bieter, welche die nachstehenden Mindestanforderungen an die Eignung nicht vollständig erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

- **Berufsqualifikation:** Der Bieter muss gemäß § 75 Abs. 1 VgV ggf. i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV über die entsprechende Berufsqualifikation verfügen (**Mindestanforderung**). Dabei muss der Bieter die Berufsbezeichnung der Ingenieurin oder des Ingenieurs tragen. Die Berufsqualifikation ist auf Anforderung des Auftraggebers durch eine Kammerbescheinigung nachzuweisen. Juristische Personen haben für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß § 75 Abs. 1, 2 VgV zu benennen.
- **Registereintragung:** Sofern der Bieter nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem er niedergelassen ist, in einem Register eintragungspflichtig ist, muss die Eintragung in diesem Register vorliegen (in Deutschland: Han-

delsregister, Handwerksrolle, Vereinsregister, Partnerschaftsregister, Mitgliederverzeichnisse der Berufskammern der Länder wie bspw. Architektenkammer, Ingenieurkammer Bau). Der vorzulegende Nachweis der Registereintragung(en) darf nicht älter als 12 Monate sein.

- **Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung:** Bei Beauftragung muss der Auftragnehmer über eine angemessene Berufs- bzw. eine angemessene Betriebshaftpflichtversicherung verfügen. Das umfasst mindestens folgende Deckungssummen pro Versicherungsfall (**Mindestanforderung**):

- o für Personenschäden von mindestens € 1.000.000,00 (brutto) und für Sach- und Vermögensschäden von mindestens € 500.000,00 (brutto).

jeweils zweifach pro Jahr maximiert. Mit dem Angebot ist ein entsprechender Nachweis bzw. eine Bereitschaftserklärung des Versicherers vorzulegen, im Auftragsfalle auf die vorgenannten Deckungssummen zu erhöhen.

- **Durchschnittlicher Netto-Jahresumsatz:** Der Bieter muss den durchschnittlichen Netto-Jahresumsatz für die drei Kalenderjahre 2023, 2024 und 2025 angeben.
- **unternehmensbezogene Referenzen:** Der Bieter muss über geeignete Referenzen verfügen; dabei sind **zwei** geeignete Referenzen erforderlich (**Mindestanforderung**). Geeignet sind Referenzprojekte dann, wenn der Bieter bei diesen Projekten zwischen dem 01.06.2019 und dem 31.05.2026 Leistungen erbracht hat, die mit der verfahrensgegenständlichen Leistung nach Art und Umfang vergleichbar sind. **Mindestens eines der Referenzprojekte** muss in Betrieb genommen und an den Nutzer übergeben worden sein. Die Leistungen in den Referenzprojekten sind vergleichbar:
 - o wenn der Auftragnehmer Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung der Anlagengruppen 440, 450 und 460 in den HOAI-Leistungsphasen 2 bis 8 als Hauptauftragnehmer für die Errichtung oder Umbau eines Gebäudes mindestens der Honorarzone II erbracht hat.

- Das Gebäude muss dabei eine Gesamtnutzfläche von mindestens 750 m² aufweisen. Die anrechenbaren Kosten der Kostengruppen KG 300 und 400 müssen mindestens 3.500.000 EUR brutto betragen haben.
 - Die Leistungen der Leistungsphase 2 können bereits vor dem 01.06.2019 begonnen worden sein. Die Leistungsphasen 3 bis 8 müssen vollständig innerhalb des vorgenannten Referenzzeitraums erbracht worden sein; die Leistungsphase 8 muss innerhalb des Referenzzeitraums bereits abgeschlossen worden sein.
 - Eine Referenz muss nicht alle der geforderten Anlagengruppen umfassen, sondern es können Referenzen wie folgt eingereicht werden: Für Anlagengruppen 440 und 450 und / oder Anlagengruppe 460. Zur Klarstellung: Referenzen nur für die einzelne Anlagengruppe 440 oder die einzelne Anlagengruppe 450 sind nicht zulässig. Jede Referenz muss aber die vorgenannten Vergleichbarkeitsanforderungen an erbrachte Leistungsphasen, Referenzzeitraum, Gesamtnutzfläche und anrechenbare Kosten erfüllen. Zudem müssen Referenzen in einem Umfang vorgelegt werden, dass für Anlagengruppen 440 und 450 sowie Anlagengruppe 460 jeweils Referenzen für zwei Referenzprojekte vorliegen.
- **Erfahrung mit geförderten Projekten:** Der Bieter hat Projekte,
- bei denen er als Hauptauftragnehmer Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung der Anlagengruppen 440, 450 und 460 in den Leistungsphasen 2 bis 8 im Zeitraum 01.06.2019 bis 31.05.2026 erbracht hat (mit der Leistungsphase 2 kann vor dem 01.06.2019 begonnen worden sein; die Leistungsphase 8 muss innerhalb des Zeitraums begonnen und abgeschlossen worden sein) und
 - bei denen es sich um die Errichtung oder den Umbau eines Gebäudes mindestens der Honorarzone II handelte und
 - bei denen öffentliche oder private Fördermittel eingesetzt wurden und

- bei denen die anrechenbaren Kosten (KG 300 und 400) mindestens 3.500.000 EUR brutto betragen haben,

anzugeben. Es dürfen nur Projekte angegeben werden, die alle vorstehenden Voraussetzungen erfüllen. Als **Mindestanforderung** muss mindestens ein Projekt, das den vorstehenden Anforderungen dieses Absatzes genügt, angegeben werden.

Hinweis: Eine Referenz kann sowohl für den Nachweis "unternehmensbezogene Referenz" als auch für den Nachweis "Erfahrung mit geförderten Projekten" verwendet werden, wenn sie die bekanntgegebenen Mindestanforderungen sowohl für das Kriterium „unternehmensbezogene Referenz“ als auch für das Kriterium „Erfahrung mit geförderten Projekten“ erfüllt.

- **Beschäftigtenzahl 2026:** Der Bieter hat die Anzahl der bei ihm angestellten bzw. tätigen Mitarbeiter mit der Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur mit Stand 31.05.2026 und denjenigen Anteil, der davon bereits drei Jahre bei ihm tätig ist, anzugeben.

5. Zuschlagskriterien und deren Gewichtung

Die Entscheidung über die Auftragserteilung wird sich auf die im Folgenden dargestellten Kriterien stützen. Die Gewichtung der Kriterien erfolgt auf Grundlage der angeführten Prozentzahlen.

Die Wertungen erfolgen auf der Basis eines Punktesystems von 0 bis 3 Punkten je Haupt- und Unterkriterium. Drei Punkte erhält ein Bieter pro Unterkriterium, wenn er diesbezüglich den Anforderungen in besonderem Maße (überdurchschnittlich) genügt. Zwei Punkte erhält ein Bieter pro Unterkriterium, wenn er diesbezüglich den Anforderungen (durchschnittlich) genügt. Einen Punkt erhält ein Bieter pro Unterkriterium, wenn er diesbezüglich den Anforderungen nur teilweise (unterdurchschnittlich) genügt. Null Punkte erhält ein Bieter pro Unterkriterium, wenn er diesbezüglich den Anforderungen nicht genügt. Es werden – mit Ausnahme der Bewertung des Preises – nur ganze Punkte vergeben. Grundlage sind die Angaben des Bieters im Angebotsschreiben sowie sein eingereichtes Konzept.

Zuschlagskriterien für LOS 4 – Technische Ausstattung (Technische Ausrüstung AG 440-460)				
	Hauptkriterien der Bewertung	Gewichtung Hauptkriterien	Unterkriterien	Gewichtung Unterkriterien
	1	2	3	4
1	Qualität: Konzept Teil I zur Planungsaufgabe Der Bieter hat in einem für den Auftraggeber nachvollziehbarem und strukturiertem Konzept darzustellen, dass er die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Leitideen und Zielvorstellungen des Projekts zutreffend erkannt hat. Der Bieter soll skizzieren, wie er die Planungsaufgabe insbesondere auch im Hinblick auf die Überarbeitung des Vorentwurfs, im Zusammenwirken mit den anderen fachlichen Beteiligten und dem Auftraggeber umzusetzen beabsichtigt. Zudem sollen Projektleiter und stellvertretender Projektleiter und deren besonderen Qualifikationen anhand einschlägiger Erfahrungen und Referenzen vorgestellt und erläutert werden, wie sie aufgrund einschlägiger Erfahrungen und Referenzen für die vorliegende Aufgabe besonders qualifiziert sind. Das Konzept hat sämtliche Unterkriterien Q.1.1 bis Q.1.3 zu behandeln. Das Konzept soll nicht mehr als max. 8 DIN A4-Seiten umfassen.	40 %		
			Q.1.1: Erkennen der Aufgabenstellung und der Projektanforderungen und darauf abgestimmte, innovative Ansätze für Planungsaufgabe. Dabei soll der Bieter insbesondere darauf eingehen, wie er die Planungsaufgabe – auch im Hinblick auf den bereits vorliegenden Vorentwurf und dessen etwaige Überarbeitung – lösen möchte.	30%
			Q.1.2: Methodik und Arbeitsweise hinsichtlich des Zusammenwirkens mit anderen fachlich Beteiligten sowie dem Auftraggeber	20 %
			Q.1.3: Besondere Qualifikation des Projektteams (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter) aufgrund einschlägiger Erfahrungen und persönlicher Referenzen	50 %

2	Qualität: Konzept Teil II zum Qualitäts-, Kosten-, Termin-, Nachtrags- und Vergabemanagement des Bieters Der Bieter soll in einem für den Auftraggeber nachvollziehbaren Konzept – unterteilt in fünf Teile – darstellen, wie die Organisation und die Koordination des Projektes erfolgen soll. Dabei kommt es dem Auftraggeber vor allem auf die Teilaspekte der Qualitätssicherung sowie der Vorbereitung der Ausschreibungen an; die Aspekte der Kosteneinhaltung, der Termineinhaltung und des Nachtragsmanagements sind – insbesondere aufgrund der Fördermittelgewährung – auch von Bedeutung. Das Konzept hat sämtliche Unterkriterien Q.2.1 bis Q.2.5 zu behandeln. Das Konzept soll nicht mehr als max. 8 DIN A4-Seiten umfassen.	30 %	Q.2.1: Methodik Qualitätssicherung und Präsenz auf Baustelle <i>Der Bieter hat konkret darzustellen, welche Qualitätssicherungsmaßnahmen er ergreift, um eine mangelfreie und reibungslose Auftragsausführung sicherzustellen. Zudem hat er konkret darzulegen, wie sich seine Präsenz auf der Baustelle (insbesondere in Leistungsphase 8) gestaltet und wie seine Erreichbarkeit für den Auftraggeber (oder sonstige Projektbeteiligte) sowie entsprechend schnelle Reaktionszeiten durch ihn gewährleistet werden.</i>	30 %
			Q.2.2: Methodik Kostenplanung- und Kosteneinhaltung	15 %
			Q.2.3: Methodik Terminplanung -und Termineinhaltung, auch aufgrund des anspruchsvollen Zeitplans	15 %
			Q.2.4: Methodik Nachtragsmanagement	15 %
			Q.2.5 Methodik für die eindeutig und erschöpfende Aufstellung von Leistungsverzeichnissen. gem. VOB/A	25 %
3	Honorar 3 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis (bezogen auf das angebotene Brutto-Gesamthonorar). 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot mit dem 1,5-fachen des niedrigsten Angebotspreises; alle darüber liegenden Angebote erhalten ebenfalls 0 Punkte Die Punktermittlung für die dazwischen liegenden Angebotspreise erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma.	30 %		

Vergabe Planungsleistungen
Neubau Bildungszentrum
Klinikum Nordfriesland gGmbH
Los 4 (Technische Ausrüstung AG 440-460)

Sollte sich bei zwei oder mehreren Angeboten Punktegleichstand ergeben, entscheidet das Losverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan W. Unger

B. Aufgabenbeschreibung

1. Baubeschreibung:

Die Klinikum Nordfriesland gGmbH betreibt am Standort Husum eine staatliche anerkannte Schule für Gesundheits- und Krankenpflege sowie eine staatlich anerkannte Schule für Physiotherapie. Beide Schulen sind zurzeit in angemieteten Räumen in der Innenstadt Husum untergebracht. In den Schulen werden rund 250 Auszubildende unterrichtet. Für beide Schulen soll in Husum ein Neubau als „Bildungszentrum für Berufe im Gesundheitswesen“ errichtet werden. Der Schulneubau wird gefördert durch das Ministerium für Justiz und Gesundheit - Schleswig Holstein. Die KHU-Bau (Krankenhausunterlage Bau) ist mit Vorentwurfsplanung bereits beim Fördermittelgeber eingereicht und genehmigt.

Das Baugrundstück befindet sich innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 113 „Engelsburger Weg“ der Stadt Husum, der am 13.07.2025 in Kraft getreten ist.

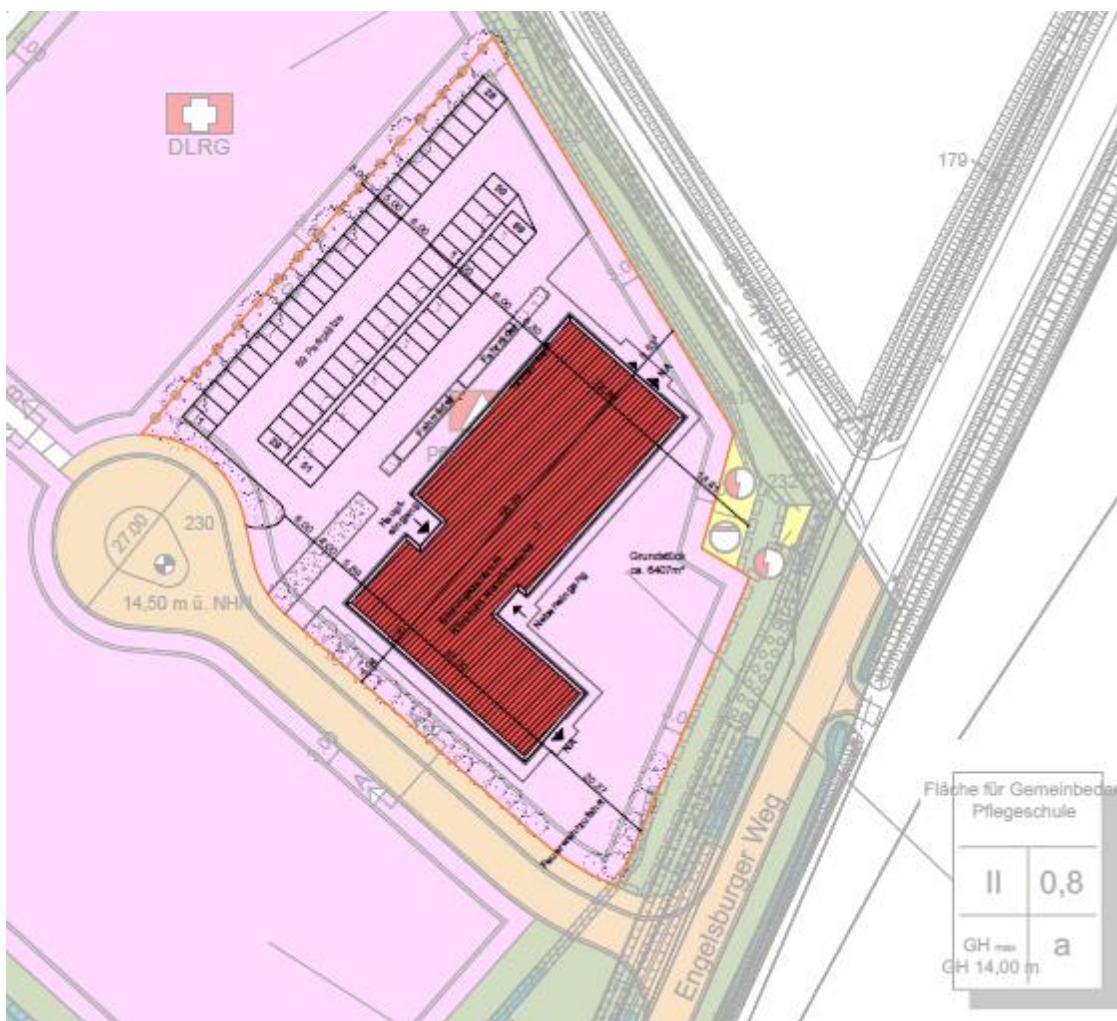


Abb. Auszug aus der Planzeichnung

Die Planunterlagen zum Bebauungsplan können über den Link <https://www.husum.org/Planen-Bauen/Bauen/Bauleitplanung/> (zuletzt aufgerufen am 28.10.2025) und dort den Sublink „Rechtskräftige Bebauungspläne“ abgerufen werden.

Das geplante Gebäude lässt sich wie folgt beschreiben:

- 2-geschossiger Baukörper, nicht unterkellert, Flachdach als Gründach, L-förmiger Grundriss

Das Raumprogramm des Bildungszentrums umfasst folgende Funktionsbereiche:

- Klassenräume
- Materiallagerräume
- Schülerarbeitsbereiche
- Praxisräume mit angegliederten Geräte- und Materialräumen
- Gymnastikraum
- Demonstrationsräume zu verschiedenen Pflege Tätigkeiten
- Schüleraufenthaltsbereiche
- Büroräume für Lehrpersonal und Leitungen
- Konferenz- und Besprechungsräume

Bauweise: Massivbauweise Stahlbeton / KS-Mauerwerk

Fassade: Verblendsteinfassade mit Kerndämmung

Dach: Flachdach als Gründach

Fenster: PVC

Außentüren / Glasfassade: Rohrrahmentüren Aluminium / Pfosten-Riegel-Fassade

Innentüren: Rohrrahmentüren Aluminium, HPL-Holztüren

Geländer: Flachstahl, DB Eisenglimmer

Bodenbeläge: Linoleum

Wandbeläge: Kalkzementputz – Feinputz – Beschichtung

Deckenbeläge: Rasterdecken Akustik

Beheizung: Wärmepumpe, Fußbodenheizung

Belüftung: Lüftungsanlage

ELT: Stromversorgung, Beleuchtung, Netzwerktechnik, Sicherheitsanlagen

Das Gebäude umfasst nach derzeitigen Flächenberechnung eine Gesamtfläche von 2.399,20 m² (NF 1.712,82 m²), davon 1.201,17 m² (NF 824,26 m²) im Erdgeschoss und 1.198,03 m² (NF 888,56 m²) im 1. Obergeschoss.

2. Grobkostenschätzung

Für die einzelnen Kostengruppen nach DIN 276 ist derzeit von folgenden Brutto-Kosten auszugehen:

KG 300: ca. 3,6 Mio. EUR

KG 400 ELT: ca. 1,2 Mio. EUR

KG 400 HLS: ca. 1,6 Mio. EUR

3. Grobterminplanung

Folgende Grobterminplanung ist derzeit vorgesehen:

- Bauantrag: Einreichung ca. September 2026
- Planung/Ausschreibung: bis Mai 2027
- Bauzeit: September 2027 bis Dezember 2028

4. Stufenweise Beauftragung

Der Gegenstand der Beauftragung gestaltet sich wie folgt:

Mit Zuschlag werden die vollständigen Grundleistungen des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß §§ 53 ff. HOAI für die Anlagengruppen 440 bis 460 für die **Leistungsphasen 1 bis 4** beauftragt. Sodann sollen Zuwendungen für die Maßnahme beantragt werden. Nachdem die Fördermittel durch den Zuwendungsgeber bewilligt wurden, beabsichtigt der Auftraggeber, die weiteren Leistungsphasen (5 bis 9) stufenweise abrufen. Einen Anspruch hierauf hat der Auftragnehmer nicht.

C. Vertragsbedingungen

Die Vertragsbedingungen bestehen aus den folgenden Vertragsbestandteilen:

- Besondere Vertragsbedingungen (siehe Unterlage „**Besondere Vertragsbedingungen**“) inklusive sämtlicher Anlagen, dazu gehören insbesondere die Vergabeunterlagen einschließlich aller hierin genannten Anlagen einschließlich etwaiger Antworten auf Bieterfragen,
- das Angebot des Auftragnehmers nebst sämtlicher Anlagen

Hinweis:

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters oder sonstige Vertragsbedingungen, die der Bieter seinem Angebot hinzufügt, werden nicht Bestandteil des Vertrags.

D. Vergabebedingungen

Das Vergabeverfahren erfolgt auf Grundlage des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Vergabeverordnung (VgV) – insbesondere § 17 VgV i. V. m. § 73 VgV.

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es den Auftraggeber unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

Bieterfragen sind ausschließlich über die E-Vergabepattform zu stellen. Die gestellten Fragen werden (in anonymisierter Form) – verbunden mit den entsprechenden Antworten des Auftraggebers – allen Bietern über die E-Vergabepattform zur Verfügung gestellt. Die Bieter haben sich über die E-Vergabepattform während des Verfahrens fortlaufend über etwaige Änderungen an den Vergabeunterlagen oder die Beantwortung von Bieterfragen zu informieren. Ein Anspruch auf anderweitige Information über die gestellten Fragen und die von dem Auftraggeber mitgeteilten Antworten steht den Bietern nicht zu.

2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3. Angebot

- 3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.
- 3.2 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber vorgegebenen Formblätter zu verwenden. Das Angebot ist bis zum Ablauf der vorgegebenen Frist einzureichen. Ein nicht form- und fristgerecht eingereichtes Angebot wird vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.
- 3.3 Die vom Auftraggeber vorgegebenen Anforderungen in den Vergabeunterlagen sind allein verbindlich.
- 3.4 Unterlagen, die vom Auftraggeber nach Einreichung des Angebots verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt einzureichen.
- 3.5 Alle Preise sind in Euro mit höchstens zwei Nachkommastellen anzugeben. Die Preise sind jeweils wie vorgegeben als Brutto- oder Nettobeträge anzugeben.

4. Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen des Auftraggebers Unterlagen zur Preisermittlung zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen von anderen Unternehmen.

5. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot die „Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft“ in Textform abzugeben,

- in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt.

Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft hat zudem eine gesonderte Erklärung einzureichen, in dem die Angaben zum Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen enthalten sein müssen. Bezüglich der Eignungskriterien sind im Übrigen Angaben verpflichtend, soweit sich die Gemeinschaft auf die diesbezügliche Eignung des einzelnen Mitglieds beruft.

Ein Wechsel der Identität des Bieters oder der Bietergemeinschaft während des Vergabeverfahrens ist nicht zugelassen.

5. Unterauftragnehmer

Soweit die Vergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer vorgesehen ist, ist das entsprechende Formblatt Unterauftragnehmer auszufüllen und mit dem Angebot einzureichen.

Für jeden vorgesehenen Unterauftragnehmer sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, insbesondere, wenn der entsprechende Hauptauftragnehmer in die engere Wahl kommt, zudem weitere Angaben und Unterlagen einzureichen. Diese müssen jedenfalls Angaben zum Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen enthalten.

Die Verpflichtungserklärung für Unterauftragnehmer ist ebenfalls erst auf das gesonderte Anfordern des Auftraggebers einzureichen. Sollten sich Unterauftragnehmer als zur Auftragsausführung nicht geeignet erweisen, hat der Hauptbieter bzw. die Bietergemeinschaft sie auf ein entsprechendes Verlangen des Auftraggebers hin zu ersetzen.

6. Andere Unternehmen (Eignungslleihe)

Beabsichtigt der Bieter, sich bei der Auftragsausführung im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen (Eignungslleihe) zu bedienen, so muss er die dafür vorgesehenen Kapazitäten im

entsprechenden Formblatt benennen. Der Bieter hat nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind.

Zu diesem Zweck hat er die entsprechende Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens mittels des entsprechenden Formblatts mit dem Angebot vorzulegen. Für jedes vorgesehene andere Unternehmen sind die von diesem ausgefüllten Unterlagen einzureichen. Diese müssen zumindest Angaben zum Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen beinhalten. Im Übrigen sind Angaben verpflichtend, soweit sich der Hauptbieter bzw. die Bietergemeinschaft auf die Kapazitäten des anderen Unternehmens beruft; in diesem Umfang sind auch sonstige Unterlagen und Nachweise als Anlagen beizufügen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, haften diese gemeinsam für die Auftragsausführung; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen abzugeben

7. Eignung

Bieter bzw. Bietergemeinschaften haben ihre Eignung durch Einreichung des vollständig ausgefüllten Angebots, ggf. nebst Anlagen, nachzuweisen. Der Auftraggeber akzeptiert hinsichtlich der Angaben zur Eignung auch die Einreichung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung. Diese muss jedoch sämtliche Angaben enthalten, die für die Prüfung der Eignung entsprechend im Angebot anzugeben sind. Anderenfalls sind diese Unterlagen ergänzend einzureichen. Der Auftraggeber behält sich die Nachforderung weiterer Angaben oder Unterlagen – insbesondere bei den Bietern der engeren Wahl – vor. Dies gilt insbesondere hinsichtlich Registerauszügen, Nachweisen über die Berufshaftpflichtversicherung (bzw. die Bereitschaft zum Abschluss darüber) in der geforderten Deckungshöhe, etc.

8. Entschädigung

Für die Ausarbeitung der Unterlagen sowie sonstige Aufwendungen werden den Bietern entstandene Kosten nicht erstattet.

9. Informationen zu den im Vergabeverfahren verwendeten elektronischen Mitteln

Das Vergabeverfahren wird elektronisch in der webbasierten E-Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal“ durchgeführt und ist unter folgender URL im Internet erreichbar:
<https://dtvp.de/>

Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für Bieter vollständig kostenfrei. Die von der Vergabestelle übermittelten Informationen werden entweder direkt in der bzw. über die Oberfläche der E-Vergabeplattform bzw. dem virtuellen Projektraum zum Vergabeverfahren (z.B. Bekanntmachungen, Kommunikationsnachrichten) oder innerhalb der Plattform bzw. virtuellen Projekträume als Datei-Downloads bereitgestellt (Vergabeunterlagen oder Anhänge zu Kommunikationsnachrichten). Die verwendeten Dateitypen und Dateiformate werden durch das Vergabeverfahren bzw. die Vergabestelle vorgegeben.

Zur Nutzung der E-Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich standardkonforme HTML- und Javascript-Technologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet.

Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version

Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version

Google Chrome in der jeweils aktuellen Version

Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Für die Abgabe elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird innerhalb der E-Vergabeplattform ein kostenfreies Bietertool bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. Die Dateien zur Installation des Bietertools werden im entsprechenden Projektraum des Vergabeverfahrens für das entsprechende Betriebssystem zum Download angeboten. Installationsroutinen stehen für Linux-, Mac-OS- und Windows-Betriebssysteme (64 und 32 Bit) zur Verfügung. I.d.R. sind für die Installation keine administrativen Rechte erforderlich. Das Bietertool ist zudem ein „Multi-Plattform-Bieter-Client“, sodass mit einer Installation des Bietertools an Vergabeverfahren auf allen E-Vergabeplattformen auf Basis der cosinex Technologie Vergabemarktplatz teilgenommen werden kann.

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte Projektdateien in das Bietertool transportiert. Sie laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden. Die lokale Installation des Bietertools stellt eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung der elektronischen Angebote und Teilnahmeanträge zwischen dem Computer des Bieters und der Öffnung der Angebote und Teilnahmeanträge auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Für die elektronische Angebotsabgabe sind unterschiedliche Signaturniveaus technisch möglich. Die zugelassene Form der Angebotsabgabe bzw. das zulässige Signaturniveau für das konkrete Vergabeverfahren ist die Textform nach § 126b BGB.

Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird (je nach E-Vergabeplattform) mit einem qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert.

Die elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Nach dem Abschluss der Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote / Teilnahmeanträge vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch. Der so genannte E-Angebotsservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen gegenüber der Vergabeplattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotsservice auf Grund der

Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen zugreifen.

Erst mit Ablauf der entsprechenden Frist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechtigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabeplattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

**E. Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten
nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**

Der Auftraggeber nimmt den Schutz von personenbezogenen Daten sehr ernst. Grundsätzlich bewahrt er Verschwiegenheit über die ihm bei seiner Aufgabenwahrnehmung bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten.

Im Zusammenhang mit der Vergabe der Planungsleistungen verarbeitet der Auftraggeber Daten von Ihnen.

Mit diesen Datenschutzhinweisen möchte der Auftraggeber Sie nachstehend gemäß Artikel 13 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer Daten informieren.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:

Klinikum Nordfriesland gGmbH
Erichsenweg 16
25813 Husum
Geschäftsführer Stephan W. Unger
Telefon: 04841 / 660-0
E-Mail: geschaeftsleitung@klinikum-nf.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Mark Rüdlin (Rechtsanwalt & Datenschutzbeauftragter)
Lerchenstr. 28
22767 Hamburg
Telefon: 040 697972 80
E-Mail: datenschutz@klinikum-nf.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:

a) Zweck der Verarbeitung:

Durchführung eines Vergabeverfahrens

b) Rechtsgrundlage:

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) i. V. m. Artikel 6 Absatz 3 DSGVO und §§ 97 ff. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen / §§ 1 ff. der Vergabeverordnung.

4. Empfänger von personenbezogenen Daten:

Die Vergabestelle ist ab einem Auftragswert von 30.000 EUR netto gem. § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz verpflichtet, das Wettbewerbsregister zu demjenigen Bieter abzufragen, an den der Auftrag vergeben werden soll. Im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs ist die Vergabestelle zudem berechtigt, das Wettbewerbsregister zu denjenigen Bietern abzufragen, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden sollen (§ 6 Absatz 2 Wettbewerbsregistergesetz). Schließlich kann die Vergabestelle die Registerbehörde nach § 8 Absatz 4 Satz 5 Wettbewerbsregistergesetz um Übermittlung der Entscheidung über einen Antrag auf vorzeitige Löschung einer Eintragung aus dem Wettbewerbsregister sowie weiterer Unterlagen ersuchen.

Nach § 134 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) informiert die Vergabestelle die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der

vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform.

Nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Vergabeverordnung teilt der Auftraggeber jedem Bieter unverzüglich seine Entscheidungen über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung, die Zuschlagserteilung oder die Zulassung zur Teilnahme an einem dynamischen Beschaffungssystem mit.

Nach § 62 Absatz 2 Nummer 3 Vergabeverordnung unterrichtet die Vergabestelle auf Verlangen des Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs jeden Bieter über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters.

Nach § 39 Absatz 1 Vergabeverordnung übermittelt die Vergabestelle spätestens 30 Tage nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrags oder nach dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung eine Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Hier werden auch Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde, veröffentlicht.

Im Falle der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer hat die Vergabestelle nach § 163 Absatz 2 Satz 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Vergabeakten der Kammer sofort zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch für das Verfahren der sofortigen Beschwerde vor dem zuständigen Oberlandesgericht nach § 171 GWB. In diesen Verfahren werden personenbezogene Daten ggf. auch an andere Verfahrensbeteiligte weitergegeben.

5. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen bzw. § 8 Absatz 4 Vergabeverordnung sowie ggf. nach der europäischen Haushaltsordnung).

6. Rechte der betroffenen Person:

Recht auf Auskunft:

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung:

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.

Recht auf Löschung:

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bieters zu verlangen.

Recht auf Widerspruch:

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

7. Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde für Schleswig Holstein ist:

Landesdatenschutzbeauftragte Schleswig-Holstein

Marit Hansen

E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de

Telefon: 04319881200

Vergabe Planungsleistungen
Neubau Bildungszentrum
Klinikum Nordfriesland gGmbH
Los 4 (Technische Ausrüstung AG 440-460)

Postfach 71 16, 24171 Kiel

An sie sind etwaige Beschwerden zu richten, sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Eine Informationspflicht des Verantwortlichen wegen der Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe c) der Datenschutz-Grundverordnung nicht. Die Datenerhebung ist im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen (§§ 97 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, §§ 5, 8 Vergabeverordnung).

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit unter <https://www.proliance.ai/ressourcen/landesdatenschutzbeauftragte/schleswig-holstein> entnehmen.